



## Leitantrag

zum Landestag am 11./12.10.2014  
auf Gut Altona in Wildeshausen

### „Die Welt im Wandel – und was tut Deutschland?“

#### INHALT

- (1) **Grundzüge Deutscher Außenpolitik** – von Matthias Möller
- (2) **Ausrichtung/ Ausrüstung der Bundeswehr** – von Philipp Albrecht
- (3) **Rüstungsindustrie/ Waffenexporte** – von Josef Kuhlmann
- (4) **Bewaffnete Auslandseinsätze** – von Fabian von Lübken

## 1 (1) Grundzüge deutscher Außenpolitik – von Matthias Möller

2 Die derzeitig präsentesten und brisantesten Fragen der Politik spielen sich wohl auf der  
3 außenpolitischen Bühne ab. Tagtäglich müssen wir uns mit den Bildern aus Kriegen in der  
4 Ukraine, Irak und Syrien oder in Israel und Gaza befassen.

5 Insbesondere im Konflikt in der Ukraine sieht sich der Westen mit ganz neuen, eigentlich  
6 vergessenen und überwundenen Herausforderungen konfrontiert. Kaum jemand hätte  
7 gedacht, dass nochmal Kriege um Grenzen geführt werden statt um Kapital und Information.  
8 Der eiserne Vorhang war (schien) gefallen, Russland und EU näherten sich an – nun sprechen  
9 ukrainische Politiker öffentlich davon, eine Mauer aufzubauen, um die Ukraine gegen  
10 Russland zu schützen. Angesichts dieser dramatischen geopolitischen Lage muss auch  
11 Deutschland als größtes europäisches Land seine Rolle in der Welt neu hinterfragen. Dies gilt  
12 insbesondere, da sich auch die Amerikaner immer weniger als ordnende Großmacht  
13 verstehen und auf Distanz zu militärischen Interventionen gehen.

14 Die Außenpolitik der Bundesregierung der vergangenen Jahre ist aus Sicht der Jungen Union  
15 im Landesverband Oldenburg von erheblicher Unsicherheit hinsichtlich der Frage nach der  
16 deutschen Rolle in der Welt geprägt. Kritisch sehen wir, dass sich Deutschland vor seiner  
17 Verantwortung und Konsequenzen seines Handelns scheut. So treffen deutsche Politiker  
18 manchmal lieber keine Entscheidung als eine, die sich als falsch herausstellen könnte. Die  
19 Enthaltung im UN-Sicherheitsrat im Libyen-Konflikt sowie das reflexhafte Ablehnen jeglicher  
20 militärischer Interventionen im Irak und Syrien sind Beleg genug dafür. Die Junge Union im  
21 Landesverband Oldenburg fordert die Bundesregierung daher auf, als größtes und  
22 wirtschaftlich stärkstes Land der Europäischen Union zukünftig in außenpolitischen Fragen  
23 klarer Stellung zu beziehen. Ein pauschaler Verweis auf die deutsche Vergangenheit und  
24 Misserfolge vergangener militärischer Aktionen kann und darf kein Argument dafür sein,  
25 bestimmte Optionen von vornherein obligatorisch auszuschließen. Vielmehr bedürfen  
26 sämtliche außenpolitische Sachverhalte einer intensiven Prüfung verschiedener  
27 Handlungsmöglichkeiten.

28 Die westliche Bevölkerung ist kriegsmüde. Angesichts schlechter Erfahrungen in  
29 vergangenen internationalen Konflikten ist es schwer, in der eigenen Bevölkerung  
30 Unterstützung für Beteiligungen an bewaffneten Konflikten zu finden. Die Junge Union im  
31 Landesverband Oldenburg fordert die Bundesregierung jedoch dazu auf, diese mentalen  
32 Blockaden zu überwinden, indem sie die Bevölkerung darauf hinweist, dass Militäreinsätze in  
33 der Vergangenheit auch Erfolge vorzeigen konnten (Kosovokrieg und Rückgängigmachung  
34 der Annexion Kuwaits durch den Irak).

35 Unabhängig davon gilt es, den Erfolg von außen- und entwicklungspolitischen Interventionen  
36 anders zu definieren. Auch unsere westlichen libertären Demokratien haben einen langen

37 Weg hinter sich, ehe sie zudem wurden, was sie heute sind. Ein Nation Building nach  
38 westlichem demokratischem Modell wird in den von Kriegen heimgesuchten Staaten mit  
39 anderem kulturellen Hintergrund keinen Erfolg haben. Ziel sollte es vielmehr sein, das Leben  
40 in diesen Ländern mit kleinen Erfolgen zu verbessern – man sollte Wege finden, Theokratien  
41 in verfassungsmäßige Rahmen einzubinden, sodass diese Länder zwar nicht in Demokratie,  
42 aber doch in Frieden leben können.

43 Dabei ist der Westen nicht so schwach, wie er sich manchmal gibt. Das Bruttoinlandsprodukt  
44 der EU und USA zusammen ist immer noch fast dreimal so hoch wie das von Russland und  
45 China zusammen. Es wird die zentrale Aufgabe der kommenden Jahre sein, diese Macht  
46 effektiv zu nutzen. Hierzu bedarf es insbesondere innerhalb der NATO und EU eine klare  
47 Verständigung über Ziel und Zweck der Vereinigung, über Aufgabenverteilung und sinnvollem  
48 Einsatz und Kombination der unterschiedlichen Stärken ihrer Mitgliedsländer – und nicht  
49 zuletzt eine Verfestigung des gemeinsamen Wertekonsenses, auf denen diese Institutionen  
50 fußen. Viel zu häufig verhält sich Deutschland in diesen Organisationen in außen- und  
51 sicherheitspolitischen Fragen zu passiv. Es ist sicherlich die wohl bequemste Rolle, sich aus  
52 sicherheitspolitischen Maßnahmen rauszuhalten oder diese lediglich monetär zu  
53 unterstützen. Dieses kann und darf für ein Land wie Deutschland nicht genug sein. Seit dem  
54 Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 ist Deutschland wieder ein vollständig souveränes Land, hat  
55 seitdem eine hervorragende Entwicklung genommen und die Hürden der Wiedervereinigung  
56 gemeistert. Wir brauchen uns nicht vor Verantwortung fürchten. Ja, es ist richtig, dass wir  
57 unser Handeln im Lichte unserer Vergangenheit sehen müssen. Die Junge Union im  
58 Landesverband Oldenburg sieht dabei in der deutschen Vergangenheit jedoch keine  
59 Mahnung, sich aus den Konflikten dieser Welt heraushalten zu müssen. Vielmehr sehen wir  
60 die historische Verantwortung und Verpflichtung, aktiv an einer sichereren und gerechteren  
61 Welt mitzuwirken.

62 Die Junge Union im Landesverband Oldenburg fordert die Bundesregierung daher dazu auf,  
63 sich in führender Funktion Gedanken über die Aufgaben und Funktionen der  
64 Sicherheitspolitik in Europäischer Union und NATO zu machen. Deutschland ist und steht in  
65 der Verantwortung, den Institutionen von NATO und EU ein neues Gesicht zu geben.

## 66 **(2) Ausrichtung und Ausrüstung der Bundeswehr** – von Philipp Albrecht

67 Eine effektivere, mehr Verantwortung übernehmende deutsche Außenpolitik erfordert  
68 selbstverständlich auch eine veränderte Ausrichtung der Bundeswehr. Die vom ehemaligen  
69 Verteidigungsminister zu Guttenberg lancierte Bundeswehrreform erscheint im Hinblick auf  
70 das sich im Zuge der Ukraine-Krise erneut verändernde Sicherheitsumfeld der  
71 Bundesrepublik teilweise überholt, bevor diese überhaupt abgeschlossen werden konnte.

72 So stellt die Bedrohung, die von Russlands neo-imperialistischer Politik insbesondere auf die  
73 Baltikumstaaten sowie auf Polen ausgeht, die Sparmaßnahmen der europäischen  
74 Regierungen in Bezug auf ihren Verteidigungsetat zunehmend in Frage. Die von der NATO  
75 festgelegten 2% des Bruttoinlandsproduktes, die jeder Staat für seinen Verteidigungsetat  
76 aufwenden soll, werden nur noch von den wenigsten Regierungen in Europa erfüllt. Die  
77 Junge Union im Landesverband Oldenburg bekennt sich jedoch zur Vertragstreue und zur  
78 Unterstützung unserer osteuropäischen NATO-Partner und fordert daher die  
79 Bundesregierung auf, das Verteidigungsbudget schrittweise zu erhöhen und langfristig auf  
80 2% des Bruttoinlandsproduktes festzulegen. Es stellt sich außerdem die Frage, ob die 2011  
81 beschlossene Aussetzung der Wehrpflicht und die damit einhergehende Reduzierung der  
82 Truppenstärke diesbezüglich als Schritt in die richtige Richtung zu bezeichnen ist. Zu  
83 befürchten ist nicht nur, dass dadurch die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik  
84 abnimmt, sondern auch, dass die Bundeswehr langfristig aus der Mitte der Gesellschaft  
85 verdrängt wird, da nun nur noch ein geringer Anteil der Bevölkerung einen Dienst bei der  
86 Bundeswehr ableistet. Die Junge Union im Landesverband Oldenburg unterstützt daher die  
87 Einführung eines sogenannten „Deutschlandjahres“ .

88 Zusätzlich zu der Einführung des Deutschlandjahres sind jedoch auch weitere Schritte  
89 notwendig, um die Bundeswehr als Arbeitgeber langfristig attraktiver zu machen. Hierzu  
90 bedarf es neben dem von Verteidigungsministerin von der Leyen vorangebrachten Ausbau  
91 der Kinderbetreuung allerdings auch weitergehenden Schritten. So ist die Präsenz der  
92 Bundeswehr in der Alltagswahrnehmung im Vergleich zu anderen westlichen Staaten wie  
93 insbesondere den Vereinigten Staaten eindeutig ausbaufähig. Das amerikanische Beispiel  
94 zeigt, dass etwa die vermehrte Durchführung von Informations- und Werbeveranstaltungen  
95 an Schulen nicht nur die Rekrutierung neuer Soldaten erleichtert, sondern auch die  
96 allgemeine Akzeptanz und Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft fördern könnte  
97 und daher nach Auffassung der Jungen Union im Landesverband Oldenburg notwendig ist.  
98 Entscheidend jedoch ist, dass die Besoldung der Soldatinnen und Soldaten an die Gefahr  
99 und Verantwortung, die mit diesem Beruf einhergeht, angepasst wird und dass insbesondere  
100 Situationen wie im Afghanistan-Einsatz, bei dem sich Soldaten mangels vorhandener Mittel  
101 der Bundeswehr Sicherheitsausrüstung wie beispielsweise Schutzhelme auf eigene Kosten  
102 selbst beschaffen mussten, in Zukunft um jeden Preis verhindert werden. Die Sicherheit der  
103 Soldaten im Einsatz muss absolute Priorität haben und kann nicht durch bessere  
104 Kinderbetreuung ersetzt werden!

105 Ein weiteres bedeutendes Themenfeld für die Bundeswehr ist die Nutzung von bewaffneten  
106 Kampfdrohnen. Auch wenn das „Euro-Hawk“-Projekt im vergangenen Jahr gescheitert ist  
107 und einen sehr hohen politischen wie wirtschaftlichen Schaden hervorgerufen hat, ist der  
108 Einsatz dieser Technologie gerade für die Bewältigung asymmetrischer Kriege und damit für  
109 die Bekämpfung des globalen Terrorismus von entscheidender Bedeutung, da sie

110 hochpräzise Angriffe gegen hochrangige Terroristen ermöglicht und dabei gleichzeitig die  
111 Gefahr für die Zivilbevölkerung auf ein zuvor ungekanntes Minimum reduziert. Mittelfristig  
112 fordert die Junge Union im Landesverband Oldenburg deshalb die Anschaffung von  
113 ausländischen Kampfdrohnen wie beispielsweise die US-Drohnen „Reaper“ und „Predator“  
114 oder das israelischen Modell „Heron“. Langfristig jedoch sollte es das Ziel der europäischen  
115 Staaten sein, gemeinsam ein eigenes, leistungsfähiges System zu entwickeln, um bei dieser  
116 Zukunftstechnologie nicht auf andere Staaten mit anderen Interessen angewiesen zu sein.  
117 Für den möglichen Einsatz dieser Technologie fordert die Junge Union im Landesverband  
118 Oldenburg allerdings, dass dieser ausschließlich im Einklang mit dem Völkerrecht im Rahmen  
119 internationaler Kampfeinsätze stattfindet.

120 Ein zentraler Bestandteil der eingeleiteten Bundeswehrreform ist auch der Abbau von  
121 Bürokratie im Ministerium und in der Befehlskette der Armee. Allerdings ist oftmals  
122 festzustellen, dass diese Bestrebungen nur sehr zaghafte umgesetzt werden. Eines der  
123 größten Probleme besteht in diesem Zusammenhang darin, dass große Teile des  
124 Ministeriums nach wie vor in Bonn und nicht in Berlin stationiert sind. Auch wenn das  
125 Interesse der Stadt Bonn am Erhalt dieser Arbeitsplätze überaus verständlich ist, sollte dieser  
126 Zustand dennoch so schnell wie möglich beendet werden und das gesamte Ministerium  
127 nach Berlin umziehen. Auch wenn durch moderne Kommunikationsmedien die Dienstwege  
128 zwischen beiden Standorten sicherlich kürzer geworden sind, ist eine derartige Zweiteilung  
129 über eine so große räumliche Distanz nach wie vor ein großes Hindernis auf dem Weg zu  
130 einer schlagkräftigen, effizienten und attraktiven Armee, wie sie im 21. Jahrhundert zur  
131 Bewältigung immer komplexer werdender Konflikte für eine bedeutende Nation wie  
132 Deutschland unbedingt notwendig ist.

### 133 **(3) Rüstungsindustrie/ Waffenexporte** – von **Josef Kuhlmann**

134 Gerade durch die aktuelle Krise im Irak zeigt sich, dass die langfristige Passivität der  
135 westlichen Demokratien eine Region bereits mittelfristig destabilisieren kann. In der  
136 Bundesrepublik besteht seit Langem eine ablehnende Haltung in der Bevölkerung, wenn  
137 Fragen zu Waffenlieferungen diskutiert werden. Insbesondere die nicht zu klärende Frage  
138 nach dem Verbleib von Rüstungsgütern steht im Fokus der Kritik. Bundeswirtschaftsminister  
139 Gabriel ist seit dem Amtsantritt nicht müde geworden, die Vorgängerregierung für ihre  
140 Rüstungspolitik zu kritisieren und plant nun, die Exporte der Güter einzuschränken. Die  
141 Junge Union im Landesverband Oldenburg missbilligt die restriktive Haltung des  
142 Bundeswirtschaftsministers zu Waffenexporten. Genehmigungen zum Export von Waffen  
143 werden erst nach eingehender Prüfung des Einzelfalls durch den Bundessicherheitsrat erteilt.  
144 Dieser untersucht, ob deutsche Rüstungsgüter nicht für Menschenrechtsverletzungen  
145 missbraucht werden oder zur Verschärfung von Krisen beitragen könnten. Art. 26 Abs. 2 des

146 Grundgesetzes bestimmt hierzu: „Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit  
147 Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.  
148 Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“

149 Die Junge Union im Landesverband Oldenburg begrüßt grundsätzlich Bemühungen zum  
150 Aufbau einer europäischen Rüstungsbasis und europäische Zusammenschlüsse in  
151 bestimmten Rüstungssparten. Das sollte die deutsche Wehrindustrie bzw. europäische  
152 Firmen mit deutscher Beteiligung aber nicht daran hindern, transatlantische  
153 Rüstungsprojekte anzustreben. Kooperationsprojekte bieten neue Teilhabemöglichkeiten an  
154 hochwertigen Verteidigungstechnologien und festigen das transatlantische  
155 Beziehungsgeflecht. Die deutsche Wehrindustrie sollte ihre Möglichkeiten nutzen, um die  
156 rüstungspolitische zwischenstaatliche Zusammenarbeit gezielt zu beeinflussen. So bieten  
157 sich etwa im Bereich der maritimen Wehrtechnik erfolgversprechende Perspektiven für  
158 Rüstungsprojekte an, die strategischen Partnerschaften förderlich sein können. Darüber  
159 hinaus sollte in der Entwicklung neuer Technologien zum Schutz der Bevölkerung und  
160 kritischer Infrastruktur die Zusammenarbeit mit Industrien anderer demokratischer Länder  
161 intensiviert werden.

162 Die Junge Union im Landesverband Oldenburg setzt sich dafür ein, dass auch die  
163 Bundesregierung mehr Finanzmittel zur Verfügung stellt, um die deutsche Rüstungsindustrie  
164 zu unterstützen. Um unserer sicherheitspolitischen Verantwortung insbesondere zur  
165 Weiterentwicklung einer europäischen Sicherheitspolitik gerecht zu werden müssen wir  
166 unseren Beitrag als Exportnation durch unsere eigene Rüstungsindustrie leisten.

#### 167 **(4) Bewaffnete Auslandseinsätze** – von Fabian von Lübken

168 Die Bundeswehr befindet sich gegenwärtig in 15 unterschiedlichen Auslandseinsätzen, die  
169 allesamt im Rahmen von multilateralen Bündnissen stattfinden. Die gegenwärtigen  
170 Auslandseinsätze der Bundeswehr reichen von der Piratenabwehr am Horn von Afrika (EU  
171 NAVFOR Somalia – Operation Atalanta), über die Ausbildungsmission in Mali (EUTM Mali) bis  
172 hin zum Kampfeinsatz in Afghanistan im Rahmen der ISAF-Mission. Insbesondere der ISAF-  
173 Kampfeinsatz in Afghanistan stellt eine inhaltliche Zäsur in der Geschichte der bewaffneten  
174 Auslandseinsätze der Bundeswehr dar, da deutsche Soldaten dabei zum ersten Mal seit dem  
175 Ende des 2. Weltkriegs wieder in Gefechte verwickelt worden sind.

176 Der aktive Kampfeinsatz in Afghanistan endet zwar mit dem Auslaufen der ISAF-Mission am  
177 31. Dezember 2014, aber die sicherheitspolitischen Herausforderungen vor denen Politik und  
178 Bundeswehr stehen, werden dadurch nicht eben weniger. Wir erleben derzeit eine  
179 Entwicklung zu einer immer komplexeren weltweiten Sicherheitslage, wie der Ukraine-  
180 Konflikt, die Errichtung des Terror-Kalifats durch die IS in Syrien und im Irak und die



181 zunehmenden Territorialkonflikte im südchinesischen Meer exemplarisch zeigen. Auch in  
182 Zukunft wird die deutsche Politik daher vor der Entscheidung stehen, ob und in welche  
183 bewaffneten Auslandseinsätze sie deutsche Soldaten schickt, wenn die sicherheitspolitische  
184 Lage es erforderlich macht und entsprechende Anfragen von den europäischen und  
185 transatlantischen Bündnispartnern an Deutschland herangetragen werden.

186 In Vergangenheit hat sich die deutsche Politik jedoch viel zu oft vor sicherheitspolitischen  
187 Bedrohungen „weggeduckt“ und jedes militärische Engagement zur Bekämpfung dieser  
188 Bedrohungen kategorisch und ungeprüft ausgeschlossen. Wir als Junge Union  
189 Landesverband Oldenburg fordern, dass sich Deutschland in Zukunft nicht nur in einem  
190 verstärkten Umfang zu bewaffneten Auslandseinsätzen der Bundeswehr, sondern auch zu  
191 einer grundsätzlichen Beteiligung an der militärischen Lösung von internationalen Konflikten  
192 bereiterklärt. Für uns als Junge Union Landesverband Oldenburg ist es dabei  
193 selbstverständlich, dass ein militärisches Vorgehen immer nur das letzte Mittel sein kann und  
194 erst dann in Betracht zu ziehen ist, wenn alle diplomatischen Alternativen ausgeschöpft sind  
195 und zu keiner Lösung geführt haben. Für die deutsche Politik sollte es aber auch  
196 selbstverständlich sein, nicht jedes militärische Engagement von vorneherein und  
197 kategorisch auszuschließen. Es muss vielmehr für jeden Einzelfall eine ergebnisoffene  
198 Prüfung dahingehend stattfinden, ob ein bewaffneter Auslandseinsatz deutschen Interessen  
199 dient und gegenüber den Soldaten/innen zu verantworten ist. Wir begrüßen daher  
200 ausdrücklich die Aussage unseres Bundespräsidenten Joachim Gauck, der auf der  
201 Münchener Sicherheitskonferenz im Januar 2014 ausführte: „Wenn schließlich der äußerste  
202 Fall diskutiert wird – der Einsatz der Bundeswehr –, dann gilt: Deutschland darf weder aus  
203 Prinzip Nein noch reflexhaft Ja sagen.“

204 Uns ist bewusst, dass bewaffnete Auslandseinsätze der Bundeswehr in der Bevölkerung  
205 wenig populär sind und ein unbequemes Thema der politischen Debatte darstellen, aber  
206 dennoch sind wir der Auffassung, dass es an der Zeit ist, das Deutschland in der Welt auch  
207 militärisch mehr Verantwortung übernimmt. Ohne jeden Zweifel hat Deutschland schon viel  
208 internationale Verantwortung übernommen und wir mussten in Afghanistan schmerzhaft  
209 erfahren, welche großen Opfer ein bewaffneter Auslandseinsatz der Bundeswehr mit sich  
210 bringen kann. Dennoch glauben wir, dass Deutschland noch mehr Verantwortung  
211 übernehmen kann und muss. Wir müssen bereit sein, anderen die Sicherheit zu gewähren,  
212 die uns jahrzehntelang von den USA und der NATO gewährt wurde. Wir dürfen daher nicht  
213 tatenlos zusehen, wenn im Nahen Osten oder in Afrika Menschen aufgrund ihres Glaubens  
214 oder ihrer Herkunft verfolgt und ermordet werden. Es ist unsere historische Verantwortung  
215 die Betroffenen von Verfolgung und Völkermord notfalls auch mit Waffengewalt zu schützen  
216 und zu verteidigen.

217 Auch im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, der bedingt durch den arabischen  
218 Frühling wieder an Stärke gewonnen hat, dürfen wir nicht zurückstecken. Die Terrorgruppe IS  
219 zeigt mit den Hinrichtungen von westlichen Gefangenen und den Massenerschießungen von  
220 sogenannten „Ungläubigen“ tagtäglich ihre menschenverachtende Einstellung und gefährdet  
221 mittlerweile die Stabilität in der gesamten Region. Die Stabilität des Nahen Ostens liegt  
222 jedoch auch im geopolitischen Interesse Deutschlands. Auch Deutschland sollte sich daher  
223 im Rahmen seiner Möglichkeiten am militärischen Vorgehen gegen die Terrorgruppe IS  
224 beteiligen und sich nicht hinter den Lieferungen von Hilfsgütern und Waffen an die Kurden  
225 „verstecken“. Die Bundesregierung sollte ergebnisoffen prüfen, ob eine Beteiligung der  
226 Bundeswehr an den Luftschlägen gegen die IS oder eine Unterstützung durch  
227 Luftraumüberwachung möglich ist.

228 Als viertgrößte Volkswirtschaft der Erde hat Deutschland jedoch auch ein besonderes  
229 Interesse an einem freien Zugang zu Rohstoffen und an freien Handelswegen zu Land, zu  
230 Wasser und in der Luft. In einer Zeit von immer knapperen werdenden Rohstoffen und einer  
231 immer komplexeren Sicherheitslage stellt sich daher zwangsläufig die berechtigte Frage, ob  
232 künftig bewaffnete Bundeswehreinheiten in multilateralen Missionen nicht auch zur Sicherung  
233 der Rohstoffversorgung und zur Offenhaltung der Handelswege in Erwägung zu ziehen sind.  
234 Unsere exportorientierte Volkswirtschaft ist in einem besonderen Maße auf den Zufluss von  
235 Rohstoffen und freie Handelswege auf der ganzen Welt angewiesen. Als junge Generation  
236 fordern wir aus diesem Grund eine offene und ehrliche Diskussion dieser Thematik, bei deren  
237 Beantwortung es keine politischen Denkverbote und Tabus geben darf!

238 Klar ist jedoch, dass bewaffnete Auslandseinsätze der Bundeswehr in jedem Fall nur auf der  
239 verfassungsrechtlichen Grundlage des Art. 24 Abs. 2 GG und innerhalb der Grenzen unseres  
240 Grundgesetzes erfolgen dürfen. Für den Junge Union Landesverband Oldenburg ist es daher  
241 ein unantastbarer Grundsatz, dass ein bewaffneter Auslandseinsatz der Bundeswehr nur im  
242 Rahmen von multilateralen Systemen der kollektiven Sicherheit und nach einer Beteiligung  
243 des Deutschen Bundestages in Betracht kommt. Bewaffnete Auslandseinsätze außerhalb  
244 von UN-, NATO- und EU-Missionen lehnen wir grundsätzlich ab. Innerhalb dieser  
245 verfassungsrechtlichen Grenzen fordern wir jedoch ein entschlosseneres militärisches  
246 Vorgehen Deutschlands, um den internationalen Ordnungsrahmen aus Vereinten Nationen,  
247 NATO und Europäischer Union aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln!